



## SPD-Fraktion im Rat der Stadt Marl

SPD-Fraktion · Postfach 1120 · 45765 Marl

An die  
Ausschussvorsitzende des Ausschusses für  
Geschlechtergerechtigkeit, Vielfalt und Toleranz  
Maresa Kallmeier

Marl, 18.01.2022

**Antrag der SPD-Fraktion betr. "Bericht der Projektwerkstatt "Orte der Erinnerung auf dem Alten Friedhof Brassert" – Umsetzung des Gesetzes über die Erhaltung der Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft (Gräbergesetz)**

Sehr geehrte Maresa Kallmeier, sehr geehrte Ausschussmitglieder.

Bitte setzen Sie nachfolgenden Antrag zu TOP 4 „Bericht aus der Projektwerkstatt „Orte der Erinnerung auf dem Alten Friedhof Brassert“ auf die Tagesordnung des nächsten Ausschusses für Geschlechtergerechtigkeit, Vielfalt und Toleranz:

### Antrag

- 1.) Die Verwaltung stellt den politischen Gremien dar, wie das Gesetz über die Erhaltung der Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft (Gräbergesetz) in Zukunft umgesetzt wird.**
- 2.) Die Verwaltung stellt den politischen Gremien dar, wie das o.g. Gesetz bei der Umgestaltung des Alten Friedhofs Brassert zum Friedenspark umgesetzt und die Erinnerungskultur entsprechend dem Gräbergesetz im neuen Konzept noch stärker als bisher gewürdigt werden kann.**

### Begründung:

Bei der Neugestaltung des Alten Friedhofs Brassert gilt es verschiedene Zielsetzungen und Perspektiven zu einem Gesamtkonzept für den Friedenspark zusammenzuführen. In der Bürgerveranstaltung wurde bereits deutlich, dass es einer Priorisierung bedarf.

Für die SPD-Fraktion steht fest, Erinnerungskultur und das Gedenken an die Opfer des zweiten Weltkriegs hat für uns bei dem zukünftigen Projekt oberste Priorität. In den nächsten Monaten erarbeiten mehrere Büros Vorschläge für die Planungen der Neugestaltung, über die im Wettbewerbsverfahren eine Jury entscheiden wird. Bei der finalen Entscheidung darüber sind auch Bürgerbeteiligungen vorgesehen, die die Besonderheiten der Örtlichkeit

Seite 1



## SPD-Fraktion im Rat der Stadt Marl

und deren Bedeutung berücksichtigen. Die involvierten Architekturbüros benötigen aus unserer Sicht bei ihren Vorschlägen im Rahmen des Wettbewerbsverfahrens politisch zu beschließende Zielsetzungen, die den Erhalt der Gräber und die Würdigung der Opfer angemessen berücksichtigen.

Der Bericht und die Ergebnisse der Projektwerkstatt sind demzufolge den Bewerberbüros zugänglich zu machen, um dort auch Berücksichtigung zu finden. Gleiches gilt für die Ideen aus der Beteiligungsveranstaltung, die als Orientierung und Grundlage dienen sollen.

Durch die Berichte aus der Projektwerkstatt ist der Eindruck entstanden, dass das „Gesetz über die Erhaltung der Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft (Gräbergesetz)“ möglicherweise nicht in allen Punkten umfänglich berücksichtigt und umgesetzt wurde.

Die Verwaltung wird gebeten zu berichten, wie sie die Umsetzung des Gesetzes in Zukunft realisieren wird. Das Gräbergesetz gibt dazu klare Hinweise zu Personengruppen, den unbefristeten Ruherechten und der öffentlichen Verpflichtung.

Aufgrund des Zeitrahmens zur Realisierung des Wettbewerbs besteht eine gewisse Dringlichkeit bzgl. der Beschlussfassung.

Peter Wenzel  
Fraktionsvorsitzender

Petra Kläsener  
Ratsmitglied